

Politik

Wolfgang Lohmüller †
Der Jungdeutsche Orden

Entstehung

Der spätere Gründer und Leiter des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, wurde am 30.12.1890 in Kassel als Sohn des späteren Geheimen Regierungsrates Hans Mahraun aus Königsberg und seiner Frau Elisabeth, geb. Wohlgemuth, aus Danzig, geboren. Der Vater, Hans Mahraun, hat die Familiengeschichte bis in die Zeit des deutschen Ritterordens im 16. und 17. Jahrhundert zurückverfolgen können. Er hat die Ergebnisse 1926 in einem im Selbstverlag gedruckten Buch "Geschichte der Familie Mahraun" niedergelegt. In von ihm eingesehenen Schriften des Deutschen Ordens finden sich schon früh Hinweise auf Mitglieder der Familie Mahraun. Dies dürfte die Erklärung dafür sein, weshalb Artur Mahraun seine Organisation Jungdeutscher Orden nannte und manche Gebräuche und Begriffe des Deutschen Ritterordens übernahm.

Mit 18 Jahren trat Artur Mahraun in die preußische Armee ein und wurde aktiver Offizier. Als solcher nahm er am ersten Weltkrieg teil und erhielt viele Auszeichnungen. Das Kriegsende erlebte er nach einer Verwundung während eines Genesungsurlaubs in Kassel, wohin sich die Oberste Heeresleitung nach dem Waffenstillstand zurückzog. Hier sammelte Mahraun Freiwillige und gründete am 10.01.1919 die Offiziers-Kompagnie Cassel (OKC), eine Zeitfreiwilligen-Organisation. (Freikorps).

Anlässlich des 1. Stiftungsfestes der OKC am 10.01.1920 wurde der Jungdeutsche Orden gegründet, und am 22.02.1920 wurde Mahraun zu dessen Hochmeister gewählt, was im Rechtssinne einem ersten Vorsitzenden entsprach. Mahraun wollte die Frontkameradschaft des ersten Weltkrieges zur Überwindung der Standes- und Klassengegensätze in das zivile Leben übertragen. Seine Gründung erwies sich auch insofern als klug vorausschauend, als am 23.02.1920 die Auflösung der Zeitfreiwilligenformationen bis zum 31.03.1920 verfügt wurde. Am 15.05.1920 wurde Mahraun als Hauptmann d. R. Aus dem Heeresdienst entlassen.

Der Jungdeutsche Orden beteiligte sich weder am Kapp-Putsch im März 1920 noch am Hitler-Putsch im November 1923. Als sich die Ballei (D.K.: eine Gliederungsbezeichnung des Jungdeutschen Ordens) Franken dennoch beteiligte, schloß Mahraun sie aus dem Orden aus. Im Süden und Südwesten Deutschlands wurde der Orden auch in Zukunft nie sehr stark. Nördlich der Main-Linie wuchs er dagegen sehr schnell. In den turbulenten Jahren nach dem ersten Weltkrieg mit ihrer Verelendung vieler Menschen, der Inflation und anderen Folgen der harten Bedingungen des Versailler Friedensdiktats verschärfte sich auch die inneren Gegensätze. Der Jungdeutsche Orden, der in diesen Jahren seinen eigenen Weg suchte, geriet sowohl mit den so genannten Vaterländischen Verbänden, mit Offiziersorganisationen und anderen Teilen der so genannten nationalen Bewegung in scharfe Konflikte als auch mit der sich erst langsam festigenden Republik, von deren Organen er mehrfach verboten wurde. Durch die Inflation stand er vor einem finanziellen Zusammenbruch, der gerade noch abgewendet werden konnte. Zuwendungen von Wirtschaftskreisen jedoch lehnte der Orden sowohl in diesen als auch in allen späteren Jahren konsequent ab.

IMPRESSUM
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafo.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement € 15,60, Ausland € 18,- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

Die Anrede der Mitglieder war "Bruder" und "Schwester". Anstelle des förmlichen "Sie" trat das "Ihr". Uniformen wurden damals von rechten wie von linken Organisationen getragen. Im Orden wurde der feldgraue Soldatenrock durch die Windjacke ersetzt. Rangabzeichen gab es nicht. Die Ortsgruppe nannte man "Bruderschaft", die der Frauen "Schwesternschaft". Junge Mitglieder zwischen 10 und 15 Jahren wurden in Jungtrupps, solche zwischen 16 und 19 in Junggefolgschaften zusammengefaßt. Mehrere Bruder- und Schwesternschaften bildeten eine "Ballei", die Balleien eines Landes bzw. in Preußen einer Provinz bildeten eine "Großballei". Die Führer der vorstehend genannten Einheiten wurden gewählt, mußten aber von dem jeweils übergeordneten Führer bestätigt werden. Diesen Vorgang nannte man die "Kur". Die Führer der Bruderschaften hießen Großmeister, die der Balleien "Komtur", die der Großballeien "Großkomtur". Die Großkomture bildeten das "Hochkapitel", dem der Hochmeister vorstand. Es war das höchste Beschlußgremium des Ordens. Es ließen sich noch eine Reihe von Gebräuchen aufzählen, die von anderen Organisationen abwichen, jedoch sei in dieser Kurzfassung darauf verzichtet.

Die Aktivitäten in den zwanziger Jahren

Durch die Einrichtung von so genannten "Geusenküchen", die kostenlos Essen an Verarmte ausgaben, leistete der Orden einen Beitrag zur Linderung der unmittelbaren Not. Als eine Dauerlösung, die produktive Arbeit an die Stelle unproduktiven Militärdienstes setzen sollte, strebte der Orden eine allgemeine gleiche Arbeitsdienstpflicht an. Eine Schrift Mahrauns hierzu erschien im März 1924. Der Orden strebte ein Volksbegehren zur Einführung an, das jedoch scheiterte.

Ab 1. Juni 1924 erschien "Der Jungdeutsche" als Tageszeitung. Bis dahin gab es unter verschiedenen Namen nur eine Zeitschrift. Im Februar 1925 übersiedelte die Ordensleitung nach Berlin.



Im Gegensatz zu den meisten Organisationen der "nationalen Bewegung" orientierte sich der Orden außenpolitisch nach Westen und lehnte die damals noch sehr verbreiteten Revanchegelüste gegen den so genannten "Erbfeind" Frankreich ab. Mahraun schlug vielmehr ein konsequentes Zusammengehen mit Frankreich auf allen Gebieten vor. Außenminister Stresemann berief sich bei seiner Verständigungspolitik gern auf diese Einstellung des Ordens, wenn ihm bei Konferenzen die Revanchegedanken nationaler Verbände vorgehalten wurden. Am 20.11.1926 erschien die Schrift "Der nationale Friede am Rhein" von Artur Mahraun. Mahraun und der Orden wurden beschimpft und die Politik des Ordens als "Franzosenpolitik" verleumdet. Es gab Beleidigungsprozesse und Absplitterungen. Die Letzteren endeten aber alle bald und meist gingen deren Mitglieder in den "Stahlhelm / Bund der Frontsoldaten". Erst dadurch wurde der "Stahlhelm" der mitgliederstärkste Verband außerhalb der Parteien.

Der Orden vertrat seine Bündnis-Gedanken mit Frankreich nicht nur in Deutschland, sondern auch in öffentlichen Versammlungen in Frankreich. Der Außenpolitiker des Ordens, August Abel, hatte in jungen Jahren der französischen Fremdenlegion angehört und sprach französisch wie seine Muttersprache. Einer dieser Vorstöße geschah auch in England. Am 13.06.1928 sprach August Abel auf einer Veranstaltung des Frontkämpferverbandes "The British Legion" in London-Westham über Sicherung des Friedens durch ein "deutsch-französisch-englisches Bündnis". Vom 09. bis 11.09.1928 beteiligte sich der Orden als einziger deutscher Frontkämpferverband an der internationalen Frontkämpferkonferenz in Luxemburg, die einen Jungdeutschen, Generalleutnant a. D. Fritz Salzenberg, zum Präsidenten wählte.

IMPRESSUM
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafo.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement ₣ 15,60, Ausland ₣ 18,-- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

Für den Osten des Reiches schlug der Jungdeutsche Orden um die gleiche Zeit die in den Folgejahren im In- und Ausland viel diskutierte "litauische Lösung" vor. Danach sollte der damals "polnische Korridor" von Polen an Deutschland zurückgegeben werden, Polen aber international garantierte Transitrechte erhalten mit Freihafen in Danzig und weitgehenden Rechten in Gdingen.. Litauen sollte sich durch die Erneuerung der "historischen Union" an Polen anschließen. Dem Vereinigten Litauisch-polnischen Staat sollte der Hafen von Memel zufallen. Schließlich sollte der neue Staat Transit- und Hafenrechte erhalten.

Staatspolitische Ziele

Kernstück aller jungdeutschen Bestrebungen war zweifellos die Weiterentwicklung der Republik von Weimar zu einem "wahren Volksstaat". Am 18. Dezember 1927 wurde in Berlin in einer öffentlichen Kundgebung das wichtigste Werk Artur Mahrauns in den zwanziger Jahren, "Das Jungdeutsche Manifest", herausgegeben. Es trägt den Untertitel: "Volk gegen Kaste und Geld - Sicherung des Friedens durch Neubau der Staaten". Es enthält einen kompletten Staatsvorschlag, aufgebaut auf Nachbarschaften von je ca. 500 beieinander wohnenden Wahlberechtigten, deren gewählte Vertreter den Gemeinde- oder Stadtrat bilden sollten, der wiederum aus seinen Reihen den Gemeindevorsteher oder Bürgermeister wählen sollte, diese aus ihren Reihen den Landrat, diese aus ihren Reihen den Regierungspräsidenten, die ihrerseits die Landtage bilden sollten und deren Vorsteher den Reichstag, der dann den Reichspräsidenten zu wählen hätte. Jeder Gewählte sollte von dem Nächsthöheren bestätigt werden müssen. Das war das Prinzip der "Kur", wie es vorstehend schon für den Orden selbst geschildert wurde. Wir haben hier heute geläufige Begriffe eingesetzt, um den Staatsvorschlag in dieser Kürze verständlich machen zu können. Es wurden im "Jungdeutschen Manifest" noch viele weitere Gestaltungsvorschläge gemacht - so zur Neugliederung des Reiches, die schon damals auf eine Aufgliederung des das Reich beherrschenden Preußen hinausliefen. Ferner wurden eine Wirtschafts-, eine Frauen- und eine Kulturkammer vorgeschlagen u. a. m.

Gegner

Schärfster Gegner war in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre der Hugenberg-Konzern. Hugenberg, späterer Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei und Wirtschaftsminister im ersten Kabinett Hitler, hatte es verstanden, einen Medienkonzern aufzubauen, dessen verheerende Wirkungen auf die öffentliche Meinung für heutiges Verständnis am besten mit denen des Springer-Konzerns zu vergleichen sind, wenngleich die Gegenstände der Beeinflussung unvergleichbar sind. Damals machte die Hugenberg-Presse die Nationalsozialisten erst "hoffähig", während deren eigene pöbelhaften Parteizeitungen kaum über die Parteimitglieder hinauswirkten. Der vehemente Kampf des Jungdeutschen Ordens ging den so ungleich mächtigeren und vor allem finanzstarken Konzernherren so an die Nerven, daß von der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle in Berlin eine Flugschrift "Gegen die Angriffe des Jungdo (Für unsrer Diskussionsredner)" herausgegeben wurde (1928). Auch die Nationalsozialisten sahen sich bereits 1927 genötigt, sich mit einer von ihrem Chef-Ideologen Alfred Rosenberg verfaßten Schrift "Nationalsozialismus und Jungdeutscher Orden - Eine Abrechnung mit Artur Mahraun" gegen den Orden zu wehren.

Mitgliederstärke

Sie ist nicht zuverlässig zu ermitteln. Mahraun selbst nennt in seiner 1949 erschienenen Schrift "Deutschland ruft" die Zahl von 37.000 Mitgliedern als Höchstzahl. Dagegen weist das jungdeutsche Liederbuch, von dem es unwahrscheinlich ist, daß es etwa von vielen Nichtmitgliedern erworben worden wäre, schon 1925 das 181. - 210. Tausend aus, und 1928 erschien eine weitere, wesentlich erweiterte Auflage. Weihnachten 1931 erschien die - soweit bekannt - letzte (9.) Auflage dieses Liederbuches.

IMPRESSUM
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafo.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement ₣ 15,60, Ausland ₣ 18,- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

Der Flaggenstreit

Wir können uns heute kaum noch vorstellen, mit welcher Verbissenheit in den 20er Jahren der Streit zwischen Schwarz-rot-gold und Schwarz-weiß-Rot (den Farben des Deutschen Reiches von 1871 - 1918) geführt worden ist. Dabei stand Schwarz-rot-gold für die Republik, Schwarz-weiß-rot für Nationalismus, Monarchie, Konservatismus bzw. Reaktion. Mahraun umschrieb das mit "Weimar" und "Potsdam" und suchte eine Synthese. Sie gelang am 16.06.1929 in der Dortmunder Westfalenhalle, die mit 20.000 Menschen voll besetzt war. Das Rednerpodium war mit je einer schwarz-rot-goldenen und schwarz-weiß-roten Flagge geschmückt und es sprachen u. a. ein Führer der republikanischen Organisation "Reichsbanner Schwarz-rot-gold", der spätere Bundesminister Ernst Lemmer, und Artur Mahraun für den Veranstalter, den Jungdeutschen Orden. Das war damals ein sensationeller Durchbruch.

Der Kampf bis zum Ende der Republik

Obwohl der Jungdeutsche Orden bis dahin gegen die Parteien eingestellt war und deren Herrschaft als "Parteiismus" bekämpfte, entschloß er sich angesichts der wachsenden Gefahr des Nationalsozialismus, selbst in den Parteienkampf einzugreifen. Am 2. November 1929 erging ein Aufruf zur Gründung der volksnationalen Reichsvereinigung, die in den ersten Monaten einen guten Mitgliederzulauf hatte. Sie beteiligte sich an mehreren Landtagswahlen und gelangte in die Landtage von Sachsen und von Braunschweig. Als aber 1930 der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für den 14. September 1930 angesetzt wurden, verstärkte Mahraun seine schon 1929 begonnenen Bemühungen, eine starke Sammelpartei der Mitte zu schaffen. In dieser Hinsicht hatte man große Hoffnungen auf den Reichsaußenminister und Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Gustav Stresemann, gesetzt. Leider war dieser - erst 51-jährig - am 03.10.1929 verstorben. Er wäre wahrscheinlich die Integrationsfigur gewesen, die das Vorhaben zum Erfolg geführt hätte. So aber verschloß sich die Deutsche Volkspartei und verschlossen sich andere Mittelparteien allen Vorschlägen Mahrauns. Nur die Deutsche Demokratische Partei, Teile der Jugendbewegung und Einzelpersonen aus anderen Parteien bildeten mit der Volksnationalen Reichsvereinigung die Deutsche Staatspartei, die am 27.07.1930 gegründet wurde. Trotz eines sehr intensiven Wahlkampfes war das Ergebnis enttäuschend: nur 20 Abgeordnete der Deutschen Staatspartei darunter 6 Jungdeutsch-Volksnationale, zogen in den am 14.9.30 gewählten Reichstag ein. Die Nationalsozialisten sprangen dagegen von 12 Abgeordneten 1928 auf 107 Abgeordnete 1930. Die zu schwachen und auch zu ungleichen Kräfte der Deutschen Staatspartei gingen bald wieder auseinander. Die 6 volksnationalen Abgeordneten verließen am 7.10.30 die Fraktion und bildeten im Reichstag bis zu dessen Neuwahl am 31.7.32 eine eigene Gruppe. Danach beteiligten sich die Jungdeutschen nicht mehr an Parlamentswahlen.

In der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatte die Deutsche Staatspartei 1.328.028 Stimmen erhalten. Nach dem Ausscheiden der Volksnationalen aus der Deutschen Staatspartei kam diese in der darauffolgenden Reichstagswahl am 31.7.1932 nur noch auf 373.338 Stimmen und in der am 6.11.1932 stattgefundenen Reichstagswahl nur noch auf 339.613 Stimmen. Die NSDAP sank von 13,7 Millionen Stimmen am 31.7.1932 auf 11,7 Millionen am 6.11.1932. Hätte man sie, die nahezu pleite war, doch weiter auf diesem Verliererpfad laufen lassen! Aber diese historische Chance wurde durch den Unverstand der Konservativen in Politik und Wirtschaft verpaßt, die der NSDAP finanziell und in der öffentlichen Meinung wieder auf die Beine halfen.

Als 1932 die Neuwahl des Reichspräsidenten anstand, setzte sich der Jungdeutsche Orden energisch für Hindenburg ein. Es verdient festgehalten zu werden, daß der ebenfalls für das Reichspräsidentenamt kandidierende Adolf Hitler in dieser direkten Volkswahl nicht zum Reichspräsidenten gewählt

IMPRESSUM
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafo.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement € 15,60, Ausland € 18,- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

wurde, was bei heutigen Diskussionen um Volksabstimmungen gern vergessen wird. Gewählt wurde vielmehr im zweiten Wahlgang am 10.4.32 der seit 1925 amtierende Hindenburg, von dem zu diesem Zeitpunkt niemand erwarten konnte, daß er den von ihm abschätzig so titulierten "böhmischen Gefreiten" Adolf Hitler am 30.1.33 zum Reichskanzler berufen würde.

Der Jungdeutsche Orden konzentrierte sich außerparlamentarisch auf scharfen Kampf gegen den Nationalsozialismus. Vor allem aber griff er seinen schon 1923/24 vorgelegten Arbeitsdienstplan wieder auf und setzte sich für einen freiwilligen Arbeitsdienst ein. Am 3.8.31 erließ die Reichsregierung eine erste Verordnung zur Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Bereits am 25.8.31 begann das erste jungdeutsche "Freikorps der Arbeit" bei Bautzen in Sachsen seinen Einsatz. Viele andere Verbände folgten dem Beispiel. Im Herbst 1932 gab es 285.000 Arbeitsfreiwillige. Artur Mahraun verkündete 1932 seinen "Großen Plan" wonach aus dem Arbeitsdienst eine Millionen neuer Bauernstellen auf Pleite-Großgütern im Osten des Reiches entstehen sollten, was die wachsende Arbeitslosigkeit entscheidend vermindert hätte. Bis Ende 1932 hatten 400.000 Arbeitsfreiwillige die Lager durchlaufen. Allein der Jungdeutsche Orden hatte über 300 solcher Lager errichtet. Die Nationalsozialisten aber warteten ihre "Machtübernahme" 1933 ab und kassierten dann die geleistete Vorarbeit der anderen für ihren militari-sierten Reichsarbeitsdienst.

Der Jungdeutsche Orden im Widerstand

1933 wurde der Jungdeutsche Orden in allen Ländern außer Preußen verboten. Dem Verbot in Preußen kam er durch selbstbeschlossene Liquidation am 3.7.33 zuvor. Er ließ sich nicht "gleichschalten" oder in eine nationalsozialistische Organisation eingliedern. Er ging in den Untergrund und in den Widerstand. Artur Mahraun wurde am 11.7.33 verhaftet, schwer mißhandelt, schließlich aber auf Grund vieler Bemühungen seiner Freunde am 8.9.33 entlassen. (D.K. Über den Widerstand des Jungdeutschen Ordens im Dritten Reich berichtet - ausführlich dokumentiert - das im Lohmüller-Verlag erschienene Buch von Robert Werner: "Der Jungdeutsche Orden im Widerstand 1933 - 1945" Ich biete es in der Bestellliste an.)

Mhraun und die Jungdeutschen nach dem 8. Mai 1945

Eine Wiederbelebung des Jungdeutschen Ordens lehnte Mahraun als nicht mehr zeitgemäß ab. In seiner Schrift "Deutschland ruft" (1949) hat er das näher begründet. Er forderte seine Anhänger auf, politische Nachbarschaften ins Leben zu rufen. Das geschah zwar an ca. 500 bis 600 Orten. Aber die ersten Nachbarschaften in Leck/Holstein wurden von der britischen Militärregierung verboten, und die sich restaurierende Parteienherrschaft ließ sich durch eine Art "Erfüllungspolitik" in dem folgenden Jahrzehnt erlahmen, indem man Wünsche der Bürgerschaft immer dort besonders vordringlich erfüllte, wo sich politische Nachbarschaften gebildet hatten. Es mag hinzukommen, daß die meisten Jungdeutschen zu unvorbereitet in diese Aufgabe hineingingen und ihr dadurch nicht voll gewachsen waren.

Artur Mahraun schrieb noch eine staatspolitische Schrift: "Der Protest des Individuums" (1949). Diese Schrift ist eine Fortentwicklung seiner 1927er Vorschläge im "Jungdeutschen Manifest" nach den Erfahrungen und Erkenntnissen der seitdem vergangenen zwei Jahrzehnte. Nunmehr erkannte er an, daß die von den Parteien gebildeten Parlamente die normale Legislative behalten sollten. In Stufenwahlen von den politischen Nachbarschaften bis zur Staatsspitze aber sollte neben jedem Parteienparlament eine zweite Kammer gebildet werden, die Selbstherrlichkeit und Machtmißbrauch der Parteien zu verhindern hätte. Das 1957 von Ernst Maste erschienene Buch "Die Republik der Nachbarn/ Die Nachbarschaft und der Staatsgedanke Artur Mahrauns" und die 1986 erschienene Schrift von Dr. Dr. Helmut Kalkbrenner "Die Staatslehre Artur Mahrauns" (siehe Bestellliste) führen das näher aus.

IMPRESSUM
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafo.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement = 15,60, Ausland = 18,- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

Neue POLITIK

Beiträge zur politischen Neuordnung

Kommentar- und Informationsbrief ♦ gegr. von Wolf Schenke

Artur Mahraun starb am 27. März 1950 an den Spätfolgen der Mißhandlungen, der Entbehrungen und des ständig auf ihm lastenden Drucks in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Junge politische Kräfte erkennen zunehmend die Notwendigkeit, die repräsentative durch eine direkte Demokratie zu vervollkommen. Die Reformideen Artur Mahrauns werden helfen, die richtigen Wege dafür zu finden.